



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

/VIII/193 - 20.8.53

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 37654-5<sup>0</sup>  
Fernschreiber 039890

Versprechen, die nicht zu halten sind	S. 1
Pensions Kampf um Unabhängigkeit	S. 3
Die Situation in Niedersachsen	S. 4
Aus der Wahl-Illustrierten der CDU	S. 6

## Das Wunderhorn der Koalition

A.E. Wenn man den Wahlversprechen der Koalitionsredner aller Schattierungen Glauben schenken soll, dann steht dem deutschen Volk eine glückliche, sozial gesicherte, wirtschaftlich unangreifbare Zukunft bevor. Falls die Koalition wieder an die Macht kommt, wird sie, so hört es der staunende Wähler, im zweiten Bundestag nachholen, was zu tun sie in den ersten vier Jahren sträflich versäumte. Die CDU-Sprecher tun sich hier besonders hervor, denn in ihren Wahlversammlungen schlägt ihnen die bittere Enttäuschung von Hunderttausenden entgegen, die einst dieser Partei ihre Stimmen gegeben haben und heute erkennen müssen, daß sie ihre damaligen Stimmen fruchtlos weggeworfen hatten. Die CDU war ausgezogen, das zertrümmerte, am Boden liegende und von furchtbaren Erschütterungen gebeugte Nachkriegsdeutschland sozusagen an Haupt und Gliedern zu erneuern in einem Geiste "sozialer und christlicher Verantwortung", wie es in unzähligen Aufrufen damals hieß. Der kapitalistische Naturschutzpark, der sich unter Führung der Kanzlerpartei üppig entwickelte und die Entwicklung der CDU von einer sozial verpflichteten zu einer reinen Unternehmerpartei, lassen die damaligen Lösungen heute als eine gigantische Irreführung am Volke erscheinen.

Warum aber soll, was sich im Wahlkampf zum ersten Deutschen Bundestag bewährte, nicht auch heute wieder bewähren? Herr Bundesarbeitsminister Storch besitzt die Unverfrorenheit, vor

die Wähler mit dem Versprechen hinzutreten, er werde sich dafür einsetzen, daß die sozialpolitischen Maßnahmen wesentlich verbessert werden; der Arbeiter, der vierzig Jahre gearbeitet, seine Beiträge bezahlt und das 65. Lebensjahr erreicht habe, müsse 55 bis 60 Prozent seines Verdienstes als Rente erhalten. Das sagt jener Bundesminister der es zuließ, daß der aufrüstungsfreudige Finanzminister Schäffer die Axt an den Grundstock der Sozialversicherung legte, indem er, erste Vorstufe zur Inflation, 700 Millionen als staatliche Schuldverschreibungen abzapfte.

Es ist möglich, daß der eine oder der andere Koalitionswahlredner selbst an die Erfüllbarkeit dessen glaubt, was er hinsichtlich des Ausgleichs sozialer Gegensätze für wünschenswert und notwendig hält. Aber können sie überhaupt noch von der Bahn abweichen, für die sie bisher mitverantwortlich waren und die aus der Bundesrepublik einen Staat gemacht hat, in dem die Jagd nach dem größtmöglichen Profit das heiligste Gesetz ist? Sie können es nicht mehr, denn sie haben selbst dafür gesorgt, daß einer fruchtbaren deutschen, auf den inneren Ausgleich bedachten Sozialpolitik kein Raum zur Entfaltung bleibt.

Der letzte uns verbliebene Nationalreichtum, die Kohle- und die Stahlindustrie, ist durch die Politik der Bundesregierung fremder Verfügungsgewalt unterworfen. Das deutsche Volk trägt nicht nur die größten Lasten für die Montan-Union, es soll ihm auch die Möglichkeit genommen werden, die sich anbahnenden Krisenerscheinungen am Weltmarkt, deren volle Wucht wir in Falle einer weltpolitischen Spannung zu spüren bekommen werden, durch eine großzügige Politik der Arbeitsbeschaffung und des Ausbaues unserer Grundindustrien abzufangen. Schon heute wird dank der einseitigen Verfügungsgewalt der Montan-Behörde die deutsche Stahlindustrie am innerdeutschen Markt niederkonkurriert. Wachsende Kurzarbeit und beginnende Arbeitslosigkeit in den Stahlzentren kennzeichnen die Stationen des "europäischen Weges", den die Koalition beschritt, um den inneren Konsequenzen des deutschen Zusammenbruchs zu entgehen. Im Zeichen des "gemeinsamen Marktes" veröden und verelenden die Zonengrenzgebiete, die doch Brenn- und Schicksalspunkte des deutschen Willens zur Wiedervereinigung und der überlegene Anziehungskraft des Westens hinsichtlich des Ostens sein sollten.

Beschneidet die Montan-Union eine schöpferische, zur Krisenfestigkeit der deutschen Wirtschaft so notwendige Initiative, ist durch die von der Bundesregierung so eifertig eingegangene Verpflichtung zur Leistung eines deutschen Verteidigungsbeitrages auch die Finanzhoheit im höchsten Maße beschnitten. Die gegenwärtige Bundesregierung hat sich hier Fesseln auferlegt und sich Bedingungen unterworfen, die es ihr gar nicht gestatten werden, das zu verwirklichen, was sie jetzt dem deutschen Volk so reichhaltig verheißt. Im Gegenteil: Das bisher unter dem unnachgiebigen Druck der Sozialdemokratie Erreichte auf sozialem Gebiet wird, sollte die Koalition noch einmal davonkommen, in Trümmer gehen. Die Anschläge auf den sozialen Wohnungsbau und auf die Sozialversicherung geben einen Vorgeschmack davon.

+ + +

Persien als Beispiel

r. Im Zusammenhang mit den letzten Vorgängen in Persien soll hier nicht so sehr auf die vordergründigen Ursachen eingegangen werden, die zu der Rückberufung des Schahs geführt haben: Daß Mossadeks Politik des starren, fanatischen Nationalismus in seinem Kampf gegen die ausländischen Oelinteressen das ohnehin arme Land in ein beispielloses wirtschaftliches Elend geführt hat; daß seine rücksichtslosen und abgefeimten Methoden, seine Person zum absoluten Mittelpunkt der Politik seines Landes zu machen und seine Ziele durchzusetzen, immer heftigeren Widerstand erwecken mußten; daß er schließlich den Bogen gegenüber der Armee überspannte durch das Verbot, künftig auch nur den Namen des Schahs zu nennen.

In größerem Zusammenhang gesehen, kommt in der Entwicklung in Persien vor allem der Wille des überwiegenden Teiles der Bevölkerung zum Ausdruck, sich unter keinen Umständen "verkaufen", d.h. sich in die Abhängigkeit von Moskau drängen zu lassen. Der Kampf gegen die Abhängigkeit vom Westen, in erster Linie Großbritannien, hatte vor Jahren Mossadek seinen großen Auftrieb gegeben; sie schien dann gebannt, wenn auch der Preis so hoch war, daß Mossadek nun auch über ihn gestürzt ist.

In den letzten Monaten war aber immer deutlicher der Schatten einer übermächtigen Einflußnahme Moskaus emporgewachsen. Der Krcml hatte vor einem Jahr einen seiner geschicktesten Fachleute in Fragen der Inszenierung eines kalten Umbruchs, den Botschafter Lawrentiew nach Teheran geschickt, der sich in den Satellitenstaaten seine Sporen verdient hat. Er hatte, in Persien selbst gestützt auf die politische Hilfstruppe der offiziell verbotenen, aber dessenungeachtet straff organisierten Tudeh-Partei, das Terrain weitgehend vorbereitet, durch Angebote von wirtschaftlichen Vorteilen und eine stimmungsmäßige Unterminierung der Stellung des Schahs zugunsten Mossadeks. Diesen Gefahren hat die Gegenseite vorgebeugt und schnell zugeschlagen. Nach den bisherigen Berichten scheinen sich die entscheidenden Provinzen mit den großen Städten für den Schah und dessen Beauftragten, den General Sahedi, entschieden zu haben. Immerhin wird man, nach den Erfahrungen mit dorartigen Ereignissen im ganzen Nahen Osten, gut tun, einige Tage abzuwarten, ehe man sich ein - vorläufig! - abschließendes Urteil

erlaubt.

Vor einem guten Jahr schlug in Ägypten der General Nagib gegen Faruk zu und gegen die Überfremdung der ägyptischen Politik durch westliche Einflüsse - die Kommunisten spielen dort keine nennenswerte Rolle. In Persien wird General Sahedi kaum Nagibs Rolle übernehmen, denn der Schah ist alles andere als ein persischer Faruk, man hat ihn im Lande gern, und wie der Ägypter vertrieben wurde, so wird er zurückgerufen.

Aber das wichtigste ist bei alledem der gemeinsame Zug im politischen Leben jener Völker mit einer Gesamtzahl zwischen 600 und 700 Millionen Menschen, von Indien und Persien über Ägypten bis nach Marokko (wobei nur Algier eine gewisse Ausnahmestellung einnimmt) - das Bestreben, sich unter allen Umständen, so weit es nur irgend geht, freizuhalten von einem beherrschenden Einfluß der östlichen oder der westlichen Machtballungen, von denen heute so oft als der einzigen Alternative im weltpolitischen Kräftespiel die Rede ist. Sie ist es aber nicht. Dafür liefern die Ereignisse in Persien ein neues Beispiel.

+ + +

#### Der niedersächsische Wahlaufmarsch

-dt.Hannover, 21.August

Mit großen Hoffnungen hatte Alfred Loritz sein Hauptquartier in Hannover aufgeschlagen, um in Niedersachsen, dem bisher unbestrittenen Born aller rechtsradikalen Gruppen, seine WAV aufzubügeln. Er hat jetzt eine empfindliche Lektion darüber bekommen, wie wandelbar die Dinge sind. Mit dem Augenblick, da die DRP den Kriegsflieger Rudel aufstellte, fielen die SRP-Zugpferde von Loritz ab. Das sind das ehemalige Vorstandsmitglied Dr.Krüger, Ex-Bundesgeschäftsführer Heller und die ehemaligen Landtagsabgeordneten Binder und Cabolet. Mit seinem reichlich krampfigen bayerischen Charme allein und mit der im Handbuch des ersten Bundestages plakatierten antinazistischen Vergangenheit dürfte es Loritz schwer haben, in Niedersachsen auf seine Rechnung zu kommen.

Der Schritt der ehemaligen SRP-Größen hat die Lage auf dem äußersten rechten Flügel weitgehend geklärt. Wohl schwirrt noch die

Deutsche Gemeinschaft Haussleiters im Lande umher, aber auch ihr wird mit jedem Tag, da die DRP in ihrer Ur-Heimat massiver auftritt, das niedersächsische Wasser immer mehr abgegraben. Die Niedersachsen sind wohl für bayerisches Bier zu begeistern, aber Radikalen haben sie selbst im Lande genug.

Nicht so klar wie ganz rechtsaußen sehen die Wähler in der Mitte (so weit sie eine Mitte sein will). Da muß z.B. der Liberale Dr. Walter Hasemann, der den Liberalen Bund gegründet hat, in seiner Gewissensnot (er war auf der Landesliste seiner eigenen Partei, der FDP, zu kurz gekommen) seinen liberalen Anhängern empfehlen, in bestimmten Wahlkreisen "konservative" DP-Kandidaten zu wählen. Auf die ihm von der DP angebotene Kandidatur auf ihrer Landesliste (20. Stelle!) hat er allerdings inzwischen verzichtet.

In elf niedersächsischen Wahlkreisen sind die Begriffe liberal, konservativ und christlich-demokratisch parteioffiziell aufgehoben und durch "bürgerlich" ersetzt worden. In diesen elf Wahlkreisen haben die "bürgerlichen" Wähler, um es genau zu sagen, keine Wahl, denn sie bekommen Einheits-Kandidaten vorgesetzt, und zwar fünf Wahlwerber der DP und je drei der FDP und CDU.

Den schwersten Kampf führt in Niedersachsen die CDU. Sie ist bei den Landtagswahlen 1951, als der BHE zum erstenmal auftrat, dezimiert worden und seither kann niemand sagen, ob und wie weit sie sich davon erholt hat, denn sie hat es seitdem nicht mehr gewagt, allein in einen Wahlkampf zu gehen. Auch der BHE wird zu kämpfen haben, um die 15 Prozent zu behaupten, die er bei den Landtagswahlen 1951 bekommen hat. Diese Ausgangsposition hat der BHE bei den Kommunalwahlen im November 1952 sogar um 2 Prozent und um eine nicht feststellbare Anzahl von Stimmen ausbauen können, die in sogenannten Wählergemeinschaften untergingen. Aber an diesem Erfolg war eine sicherlich nicht unbedeutende Menge von "herrenlosen" SRP-Stimmen beteiligt, für die heute als geschickterer Anwärter die DRP auftritt. Andererseits hat es der BHE unter den größeren Parteien am einfachsten mit der Wahlagitiation. An der Sonner Politik bisher unbeteiligt, kann er der Regierung wie der Opposition Zensuren erteilen; als eine Partei ferner, die höchstens Zünglein an der Waage, nie aber Schwergewicht sein wird, kann sie ungehindert versprechen. Dazu kommt als niedersächsisches Motiv, daß der BHE hier im Kielwasser der SPD eine Vertriebenen-Politik machen konnte,

die anders als etwa in Schleswig-Holstein für die Wahlparolen einiges abwirft.

Das Wahlabkommen der Bonner Parteien besteht in sechs Wahlkreisen, die 1949 an die SPD fielen. Hier ist eine gewisse Einigkeit im Faktischen bei den bürgerlichen Parteien erzielt worden, im übrigen sieht es bei ihnen in dieser Hinsicht schlimm aus. Der einzige innerlich geschlossene, in sich gefestigte Faktor von großem politischen Gewicht ist in Niedersachsen nach wie vor die SPD. Sie ist natürlich auch Hauptgegner aller anderen Parteien, deren Stoßkraft aber durch die politischen Gegensätze in ihren Reihen stark gemindert wird.

+ + +

#### Ein Photo aus Stockholm

Daß der Wahlkampf auch manchmal erheiternde Noten aufweist, ist erfreulich. In diesen Tagen kam die sicher nicht gerade in der Herstellung, wohl aber im Inhalt billige CDU-Wahl-Illustrierte uns in die Hand. Interessiert blättern wir darin, ob wohl auch die Jugend mit besonderer Propaganda bedacht würde.

Und tatsächlich: Auf Seite 9 finden wir vier Bilder mit Unterschriften unter der Formel "Jugend für Europa". Plötzlich stutzen wir... Was ist das? Das erste Bild zeigt eine Gruppe junger Menschen, die Arm in Arm unter einer Anzahl von Fahnenmasten spazieren gehen, an denen die Fahnen einer großen Zahl verschiedener Nationen der Welt lustig im Winde flattern. Einer der jungen Menschen hat eine Klampfe im Arm. Wir schauen näher hin. Den kennen wir doch! Tatsächlich: Es ist der jüngste sozialdemokratische Bundestagskandidat von Hamburg, Klaus Happersberger.

Die Gruppe besteht aus lauter uns gut bekannten Hamburgerer SJ-Mitgliedern. Die Aufnahme wurde im Juli 1950 im großen internationalen Zelzlager der Internationalen Union Sozialistischer Jugend in Stockholm gemacht. Um ein Haar wäre auf dem Bild auch noch der jetzige Verbandsvorsitzende der Sozialistischen Jugend, Heinz Westphal, draufgewesen, denn er stand dabei, als die Hamburger sich photographieren ließen.

Noch netter wird die Sache, wenn man die Unterschrift des Bildes liest. Da steht als erster Satz klar und deutlich: "In den Händen dieser Jugend liegt die Zukunft Europas". - Es ist uns eine besondere Freude, endlich einmal sagen zu können, daß die CDU mit einer ihrer Behauptungen im Wahlkampf recht hat. Auch wir sind der Meinung: In den Händen dieser Jugend liegt die Zukunft Europas! - Peinlich, peinlich für die CDU, wenn sie an Dokumenten aus der eigenen Jugendarbeit nichts aufzuweisen hat und ausgerechnet bei der Sozialistischen Jugend eine Anleihe machen muß!

H.W.